



EMBASSY OF SWITZERLAND

WASHINGTON 8 D.C.,  
2900 Cathedral Avenue N.W.  
Telephone HO 2-1811/7

30. Juni 1961

Ref.: LI/rs

GEHEIM

Herrn Minister R. K o h l i  
Generalsekretär des  
Eidg. Politischen Departements

B e r nSidewinders.

Herr Generalsekretär,

Am Tage, da die Delegation, unter Führung von  
Herrn Oberstdivisionär Burckhardt, vorläufig ihre Arbeit  
beendet hat, ergibt sich folgendes Bild:

1. Die Ausführungen der Delegation machten durch ihre Sachlichkeit und Sachkunde unverkennbar einen Eindruck auf sämtliche amerikanische Beamte, die den Konferenzen beiwohnten.
2. Wenn es auch nicht die Amerikaner veranlassen konnte, auf einen Survey in der Schweiz zu verzichten, haben es doch Oberstdivisionär Burckhardt und seine Delegationsmitglieder erreicht,
  - a) die politische Bedeutung, welche die Schweiz dieser Frage beimisst, den Amerikanern begreiflich zu machen;
  - b) die geschlossene Front der Vertreter der verschiedenen amerikanischen Sicherheitsdienste aufzuspalten; (Die Vertreter der Sicherheitsdienste der Armee und der Luftwaffe haben in der Konferenz öffentlich erklärt, dass

- 2 -

ihrer Ansicht nach die Ausführungen der Delegation genügen sollten, und dass ihnen ein Survey in der Schweiz überflüssig scheine. Die Beamten der für die Schweiz zuständigen Abteilung "European Affairs" des Staatsdepartementes teilen diesen Standpunkt.)

c) Dem amtierenden Präsidenten der interdepartementalen Sicherheitskommission zum indirekten Eingeständnis zu zwingen, dass dem Survey in der Schweiz keine wichtige Bedeutung mehr zukommt. Er sei nur deshalb nötig, um staffagemässig den Eindruck zu erwecken, den gültigen amerikanischen Vorschriften sei Genüge getan.

d) Weitere Konzessionen zu erwirken, welche das Gebiet, das der Survey zu beschlagen hätte, einschränken.

3. Trotz dieser Konzession würde es sich aber immer noch um den Survey einer Delegation handeln, der Einblick in geheime Akten zu gewähren wäre, die selbst schweizerischen Gerichtsbehörden nicht zugänglich sind, und die Inspektionen in den Waffenfabriken des Bundes und der Privatindustrie durchführen könnte. Trotzdem würde der Survey in der Schweiz in seiner heutigen Form den Amerikanern keinerlei Auskünfte vermitteln, die sie nicht schon auf Grund der Konferenzen in Washington besitzen. Andererseits aber würde, auch in seiner reduzierten Gestalt, die amerikanische Ueberprüfung beträchtliche Gefahren für die Schweiz in sich schliessen:

a) Die Eidgenossenschaft würde durch dessen Duldung einen Präzedenzfall für andere Drittstaaten schaffen.

./.

- 3 -

- b) Die Inspektion der Fabriken, durchgeführt in der kleinteiligen und polizistenmässigen Art, die dem amtierenden Präsidenten der amerikanischen Sicherheitskommission anhaftet, würde das Betriebspersonal auf das Ungewöhnliche dieses ausländischen Vorgehens aufmerksam machen. Damit bestände das Risiko, dass die Tatsache der Durchführung der amerikanischen Ueberprüfung einem weiteren Publikum bekannt würde. Welcher Natur die innenpolitische schweizerische und die ausländische Reaktion darauf wäre, lässt sich leicht vorstellen.
4. Ich bin der Meinung, dass auch der neue amerikanische Vorschlag für uns unannehmbar ist. Er stellt immer noch eine Belastung unserer Unabhängigkeit dar, die gleichzeitig sinnlos und schwerwiegend ist. Auf der einen Seite steht die hohle Forderung der Amerikaner, ihren bürokratischen Vorschriften zu genügen, an deren Nützlichkeit sie selbst zweifeln. Auf der andern steht die sehr reelle Gefährdung unseres politischen Ansehens. Das Missverhältnis zwischen diesen beiden Elementen ist offenkundig.

Aus diesen Ueberlegungen schlage ich vor, dass ich ermächtigt werde, dem Staatsdepartement die Ablehnung des neuen amerikanischen Vorschlages mitzuteilen. Die Ablehnung wäre mit dem Angebot zu verbinden, dass die schweizerische Delegation jederzeit bereit wäre, nach Washington zurückzukehren, um weitere Auskünfte zu erteilen, die die amerikanischen Sicherheitsdienste als wünschenswert betrachten. Diese Autorisation sollte

./.

- 4 -

möglichst schnell erfolgen, denn Herr Oberstdivisionär Burckhardt hat eine für uns günstige Atmosphäre in Washington zu schaffen verstanden, die es auszuwerten gilt, bevor sie sich verflüchtigt.

Die Ablehnung des amerikanischen Vorschlages würde hohe Regierungsstellen veranlassen, die Frage nicht nur vom technischen sondern auch vom politischen Standpunkt neu zu überprüfen. Welchen Entschluss diese fassen würden, ist schwer zu beurteilen. Ich halte es aber nicht als vollständig ausgeschlossen, dass Amerika auf den Survey in der Schweiz verzichten könnte.

Sähensich diese Stellen aber ausser Stande, sich zu diesem Verzichte durchzuringen, schiene mir folgender Gegen-vorschlag nützlich:

Die Schweiz wäre bereit, zwar keine Delegation, wohl aber ein Mitglied des Staatsdepartements, das in Europa ansässig ist (dabei denke ich an Mr. Hammond, den früheren Präsidenten der Sicherheitskommission, der in nächster Zukunft nach Frankfurt versetzt wird), zu empfangen. Dessen Aufgaben wären folgende:

- a) Besichtigung von Aussen eines Stollen in dem die Waffen aufbewahrt werden.
- b) Mündliche Auskunft über Sicherheitsfragen durch die Bundespolizei, dabei wäre jedoch die Einsicht in Dossiers und ein Bürob Besuch ausgeschlossen.
- c) Ein üblicher Fabrikbesuch ohne Befragung des Personals.

./.

- 5 -

Einem derartigen Survey gegenüber liessen sich meiner Ansicht nach keine namhaften Einwendungen in politischer Hinsicht entgegensetzen.

Des Zeitgewinnes wegen, wäre gleichzeitig durch den Bundesrat der Beschluss über die Ablehnung und, falls diese nicht das gewünschte Resultat erzielen sollte, über den allfälligen Gegenvorschlag zu fassen.

Genehmigen Sie, Herr Generalsekretär, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER :

*MR. Bismarck*